

Gemeinde Am Mellensee

Der Bürgermeister

Verwaltungsvorlage

☒ öffentlich ☐ nichtöffentlich

Amt/Aktenzeichen Team I	Datum 01.11.2018	Drucksache Nr. (ggf. Nachtragsvermerk)
----------------------------	---------------------	--

Beratungsfolge:	Sitzungstermin:
Finanzausschuss	26.11.2018
eingebracht von: Team I	

Betreff:

Weitere Vorgehensweise zur Thematik Kalkulation der Elternbeiträge und Verpflegungsentgelt

Beschlussvorschlag:

Die Gemeindevertretung beschließt wie folgt, mit der Thematik Kalkulation der Elternbeiträge und Verpflegungsentgelt weiter zu verfahren:

a.) Ein externe/r Berater/in soll eine Plausibilitätsprüfung der erarbeiteten Kalkulation vornehmen

oder

b.) Die vorstehende Kalkulation wird zustimmend zur Kenntnis genommen und die Gemeindevertretung legt die Gebühren fest.

Beratungsergebnis:

Gremium Gemeindevertretung						Sitzung am: 05.12.2018		TOP:	
<input type="checkbox"/> Ein- stimmig	<input type="checkbox"/> Mit Stimmen- mehrheit	Anwe- send	Ja	Nein	Enthaltg.	<input type="checkbox"/> Laut Beschlussvor- schlag	<input type="checkbox"/> Abweichender Beschluss		
Vermerk wegen Mitwirkungsverbot (§ 22 BbgKVerf.)									
Beschluss-Nr. / /									
Schriftführer					Vors.d.Gemeindevertretung				

Die gültige Elternbeitragssatzung der Gemeinde Am Mellensee wurde am 18.10.2010 beschlossen.

Die Gemeindeverwaltung hat ein externes Institut beauftragt, die Kalkulation der Elternbeiträge und Verpflegungskosten neu zu erstellen. Die Ausgangsdaten der Kalkulation wurden durch die Gemeindeverwaltung bereitgestellt. Als Ergebnis wurde die Kalkulation der maximalen Elternbeiträge nach Betreuungsstunden dargestellt.

Die Ermittlung erfolgte im Rahmen einer Mischkalkulation je Betreuungsart. Das externe Institut hat nach seiner Auffassung alle Einflussgrößen nach den relevanten gesetzlichen Bestimmungen des Landes Brandenburg dargestellt. Im Ergebnis dieser Kalkulation wurde dargelegt, dass die Beiträge steigen würden.

In der Vergangenheit gab und gibt es unterschiedliche Meinungen, was in die Kalkulation mit einfließen kann bzw. darf. Der letzte Hinweis aus den Medien ging dahin, dass ein Rechtsanwalt der Auffassung ist, dass die Gemeinkosten keine umlagefähige Kosten sind.

Es gibt zurzeit keine eindeutige Rechtssprechung, die aussagt, was nun richtig oder falsch ist. Nach Aussage des Vorsitzenden Richters am Verwaltungsgericht Potsdam gehören Betriebskosten nicht zu den umlagefähigen Kosten. Ob aber das Oberverwaltungsgericht auch dieser Auffassung ist, ist noch offen.

Nun stellt sich für die Verwaltung die Frage, wie weiter verfahren werden soll.

Finanzielle Auswirkungen

☐ Ja ☒ Nein

Veranschlagung

im Ergebnisplan

☐ Ja, mit €
☐ Nein

Gesamtkosten der Maßnahmen
(Beschaffungs-/Herstellungskosten)

€

Produkt

im Finanzplan

☐ Ja, mit €
☐ Nein

Jährliche Abschreibung

☐ Ja, mit €
☐ Nein


Dezernat

Kämmerei
zur Kenntnis


Bürgermeister

Verteiler nach Beschlussfassung: _____

Genehmigungsvermerke: Antrag gestellt/ Liegt vor _____